



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

19. Geschäftsbericht

2004

Geschäftsstelle AUNS
Postfach 669
CH-3000 Bern 31
Telefon: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: <http://www.auns.ch>
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2004)

Präsident / Président / Presidente

Schwander Pirmin, Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny/VS

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Mitglieder / Membres / Membri

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Fuchs Thomas, Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Geninasca Charles, Ökonom, 1276 Gingins/VD

Grangier Kevin, Student, 1845 Noville/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH

Neukomm Gabriel, Jus-Student, 8125 Zollikerberg/ZH

Reimann Lukas, Jus-Student, Kantonsrat, 9500 Wil/SG

Rickli Natalie, Sachbearbeiterin, Gemeinderätin, 8400 Winterthur/ZH

Scheidegger René, ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Generalagent, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Surber-Devoto Conrado A., dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., 8200 Schaffhausen

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Revisor / Vérificateur / Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch;

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: <http://www.auns.ch>

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann / Sekretariat: Katharina Fischer

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Case postale 602, 1470 Estavayer-le-Lac

Internet: <http://www.asin.ch>

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Gianlucca Montù

Via Lisano 4, 6900 Massagno

Internet: <http://www.asni.ch>

1. Das Umfeld im Jahre 2004

Wie steht es mit Frieden und Freiheit in der Welt? Laut einer Studie der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg wurden im Jahre 2004 neben dem Irak-Krieg weltweit 41 Kriege und bewaffnete Konflikte ausgetragen, 39 davon in Asien und Afrika. In Europa, Nordamerika und Australien gab es keine andauernden Kampfhandlungen. Sieben Konflikte wurden 2004 beendet, aber ebenso viele neu begonnen. Über 90 % aller Kriege seit 1945 fanden in der Dritten Welt statt. Hauptursachen waren laut der Studie der «innerstaatliche Kampf um die Macht im Staat» sowie «Sezessionsbestrebungen».

Zwischenstaatliche Auseinandersetzungen waren – trotz Irak-Krieg und Indien-Pakistan-Konflikt – die Ausnahme.

Die Studie beweist: Nach der Friedenseuphorie der 90er Jahre ist die Welt endgültig zurückgekehrt zur «normalen Realität» des Machtkampfes jederzeit und überall. Es ging auch im Berichtsjahr um Machtansprüche zwischen Grossmächten, es ging um Machtverteilung und Einflussnahme, um Wasser, Öl, Ressourcen, Handelswege und Lebensräume – und es wird auch in Zukunft darum gehen.

Irak/Naher Osten: Anlass zu Hoffnung

«Die vielfach vorausgesagte Eskalation nach Ende der Hauptkampfhandlungen zwischen März und Mai 2003 hat sich im Jahr 2004 fortgesetzt», heisst es in der erwähnten Studie zum Irak-Krieg. Eine Vielzahl von bewaffneten Gruppen kämpfte gegen die Besatzungstruppen und die irakische Übergangsregierung.

Anlass zu Hoffnung gibt gegen Ende des Berichtsjahres aber immerhin die Tatsache, dass Attentate und Drohungen die Iraker nicht davon abhalten konnten, im Januar 2005 in grosser Zahl an den ersten demokratischen Wahlen teilzunehmen.

Auch im Nahen Osten gibt es nach vier Jahren «Intifada» mit Tausenden von Toten und Verletzten auf beiden Seiten Hoffnungsschimmer, indem wieder verhandelt wird.

Was man auch immer vom oft geschmähten «Weltpolizisten USA» und von der Administration Bush halten mag: Ohne die USA mit ihrem enormen militärischen, wirtschaftlichen und politisch/diplomatischen Potenzial wären die hoffnungsvollen Zeichen sowohl im Irak als auch im Nahost-Konflikt kaum möglich gewesen.

Ein Leserbriefschreiber in der NZZ vom 10.2.05 schreibt in diesem Zusammenhang: «Man mag über die Politik des amerikanischen Präsidenten Bush geteilter Meinung sein. Tatsache ist jedenfalls, dass es zwei der schlimmsten Tyranneien – die mittelalterliche Despotie der Taliban in Afghanistan und die nicht weniger teuflische Schreckensherrschaft Saddam Husseins – nicht mehr gibt. (...) Wir müssen froh sein, dass nicht ein anderer Staat die Supermacht der Gegenwart ist, etwa China oder der langsam wiedererwachende russische Bär. Grossmächte sind allerdings immer unpopulär, allein schon wegen der Macht, die sie ausüben.»

Nach der mit Spannung erwarteten Präsidentenwahl gegen Ende des Berichtsjahres und dem klaren Sieg von George Bush wird der weltweite Feldzug gegen den tatsächlichen oder vermeintlichen Terror weitergeführt. Die USA treten an gegen die «Achse des Bösen» (Afghanistan, Irak, Nordkorea als neue Atommacht, Iran), sie sind aber offensichtlich gewillt, vermehrt diplomatische Mittel einzusetzen und Verbündete zu gewinnen. Eine Klimaverbesserung zwischen Europa und den USA scheint greifbar.

Nachdem im Berichtsjahr islamistische Gewalt- und Terrorakte zunehmend auf europäische Länder übergreifen haben und die verwundbare offene Gesellschaft empfindlich treffen, ist der gemeinsame Kampf gegen Terror und Extremismus eine lebenswichtige Aufgabe.

Die Annäherung zwischen den USA und «Europa» ist umso wichtiger, als die politische UNO, angeblich das «weltweite System für kollektive Sicherheit», ihren Auftrag auch im Berichtsjahr nicht erfüllen konnte. Die UNO, die dringender Reformen bedarf, insbesondere was den Kampf gegen die Bürokratie und das undemokratische Vetorecht der Grossmächte im Sicherheitsrat betrifft, hat sich vor allem mit sich selbst beschäftigt. Ineffizienz, Unregelmässigkeiten, Korruption und Fälle von Betrug im Zusammenhang mit dem 1996 gestarteten Programm «Öl für Lebensmittel» mit dem Irak haben dem Ansehen der UNO massiv geschadet.

Seit dem UNO-Beitritt am 4. März 2002 hat die Gefahr zugenommen, dass die Schweiz in internationale Konflikte hineingezogen wird und damit riskiert, letztlich auch Ziel terroristischer Aktionen zu werden. Vor allem Aussenministerin Calmy betreibt einen geradezu peinlichen, auf persönliche PR ausgerichteten aussenpolitischen Aktivismus, der unsere Neutralität gefährdet und ausser Spesen nichts bringt.

Die Schweiz muss ihre Neutralität strikte wahren und sich konsequent aus internationalen Konflikten heraushalten. Wir müssen uns auf unsere traditionelle Aufgabe als Neutraler konzentrieren – auf die humanitäre Hilfe für Notleidende und auf die Guten Dienste. Das entspricht der humanitären Tradition der Schweiz, und das hat uns Wertschätzung und Respekt in aller Welt verschafft.

Es ist der Auftrag der AUNS, unsere bewährten, erfolgreichen Staatssäulen – Freiheit, Volkssouveränität, Unabhängigkeit, Neutralität – zu schützen, zu wahren und zu stärken. Das Berichtsjahr 2004 hat gezeigt, dass diese Aufgabe dringender ist denn je.

1.1. Die Europäische Union

Das waren die Schwerpunkte der EU im Berichtsjahr 2004:

- EU-Parlamentswahlen
- EU-Erweiterung
- EU-Verfassung
- Euro-Stabilitätspakt

Auch im Berichtsjahr 2004 hat die Europäische Union bewiesen, dass sie, trotz der Erweiterung um 10 Staaten (Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern) auf den 1. Mai 2004, eine intellektuelle Fehlkonstruktion ist: Die EU ist längst kein liberales Projekt mehr, sie ist definitiv zum bürokratischen, technokratischen Regime verkommen – zum «**Imperium Europa**» (Prof. Dr. Gerd Habermann, Berlin, am 21.1.05 in Bad Horn).

Die EU hat die **Zentralisierung** im Berichtsjahr weiter vorangetrieben, auf Kosten des Föderalismus und auf Kosten der Selbstbestimmung der Völker. Die Realität zeigt jedoch: Künstliche Grossgebilde scheitern sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese EU mittelfristig, insbesondere im Fall eines **Türkei-Beitritts**, «zerfranst» (Prof. Peter Glotz, Universität St. Gallen, ehem. Generalsekretär SPD, im BLICK, 17.12.2004) und längerfristig zerfällt. Sie hat bereits sehr viel an «Glanz» eingebüsst.

EU-Parlamentswahlen: Europa ohne Europäer

Ironie der Geschichte: Kaum hatte sich die EU auf den 1. Mai 2004 mit viel Pomp und Propaganda von 15 auf 25 Mitglieder vergrössert, verpassten ihr die Bürger Europas ein schmerzhaftes Misstrauensvotum. Bei den Wahlen ins EU-Parlament im Juni 2004 gingen weniger als 50 % zur Urne (bei der ersten Wahl zum EU-Parlament im Jahre 1979 waren es noch 63 % gewesen). In den zehn neuen EU-Staaten betrug die Wahlbeteiligung nur 26 %, in Polen und in der Slowakei gar nur rund 20 %.

Das Misstrauen gegenüber dem Brüsseler Zentralismus kam auch darin zum Ausdruck, dass EU-kritische Parteien Triumphe feierten: Fast aus dem Nichts heraus avancierte in Grossbritannien die United Kingdom Independence Party zur drittstärksten Partei. Stärkste Partei in Belgien wurde der Vlaams Blok, Europas erfolgreichste Rechtspartei. Die Niederlande schickten den EU-Rebellen Paul van Buitenen ins Parlament, die Österreicher den Korruptionsbekämpfer Hans Peter Martin. Populär ist «das aus EU und EG gezimmerte bürokratische Monstrum nirgendwo» (DEUTSCHLANDBRIEF, Juli 2004). Der Vormarsch zahlreicher Protestparteien beweist, dass die EU letztlich «ein Projekt der Eliten und nicht der Völker» ist (WELTWOCHEN Nr. 25/04, Seite 11), eine in weiten Teilen lebensfremde intellektuelle Konstruktion.

Auch der inszenierte Jubel über die Osterweiterung konnte die **Krise der EU** nicht übertünchen: Die Osteuropäer wollen kein neues Politbüro in Brüssel, und im übrigen Europa befürchtet man eine unkontrollierte Zuwanderung sowie wachsende Konkurrenz für Arbeitsplätze und staatliche Gelder. Begonnen hat der Prozess bereits 1992 mit Maastricht. Harmonisierung und Gleichschaltung, ob auf Gurken, Steuern oder die Währung gemünzt, lösen Abwehrreaktionen aus. Nicht von ungefähr hat alt Bundeskanzler Helmut Schmidt schon am STV-Kongress vom 3. Juni 1994 in Montreux gesagt: «Der Maastricht-Vertrag ist der miserabelste Vertrag, den ich je in meinem Leben auf meinem Schreibtisch gehabt habe.»

EU-Erweiterung/Türkei

Die 10 neuen EU-Staaten sind für die EU-15 zweifellos eine Belastung, denn es sind fast alles Länder mit schlechten Wirtschaftsleistungen und zum Teil hoher Arbeitslosigkeit. Eine neue Dimension bringt der voraussichtliche Beitritt der Türkei. Die EU-Regierungschefs haben im Dezember 2004 beschlossen, mit der Türkei Beitritts-Verhandlungen aufzunehmen. Für diesen Fall häufen sich die warnenden Stimmen, und dies wohl zu Recht. Der Orient- und Ostasien-Experte Prof. Dr. Peter Scholl-Latour warnt vor «bosnischen Verhältnissen», und das nicht nur für Deutschland und Mitteleuropa, sondern auch für die Türkei.



Scholl-Latour prophezeit eine «enorme Einwanderungswelle und islamischen Terror auch in unseren Städten» (JUNGE FREIHEIT, Berlin, Nr. 52/53 2004). Andererseits drohe den Türken das Zerbrechen ihres Staates an der Kurdenfrage, die durch die Demokratisierung wiederkehren werde.

EU-Verfassung: mühsam übertünchte Differenzen

Der am 26. Februar 2001 unterzeichnete **Vertrag von Nizza** sollte die Entscheidungsabläufe in der Union im Hinblick auf die EU der 25 anpassen. Er wurde jedoch wegen tiefgreifender Differenzen bloss als **Übergangskonstruktion** akzeptiert.

Mit der **EU-Verfassung**, ausgearbeitet von einem 105-köpfigen Verfassungs-Konvent unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard D'Estaing, soll «Nizza» abgelöst und die definitive Grundlage für die EU-Erweiterung geschaffen werden.

Der Entwurf, der den EU-Gremien im Berichtsjahr vorgelegt wurde, war vor allem wegen der **Stimmrechtsfrage** heftig umstritten: Die mächtige EU-Kommission (d.h. die Exekutive, also die Regierung der EU) soll von 20 auf 15 stimmberechtigte Mitglieder verkleinert werden. Zwar könnte auch jedes kleine Land weiterhin einen Kommissar stellen, er wäre aber nur noch sehr eingeschränkt, nach einem bestimmten Turnus, stimmberechtigt. Konsequenz: Die Kleinen verlieren.

Umstritten war auch das Prinzip «doppelte Mehrheit statt Einstimmigkeit»: Bei Abstimmungen braucht es künftig eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten, zusätzlich müssen sie zusammen mindestens 60% der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren. Damit werden die kleinen Länder (Beispiel Schweiz!) gegenüber dem bisherigen Einstimmigkeitsprinzip erneut massiv benachteiligt.

Am 29. Oktober 2004, nach langem Hin und Her, haben die 25 Regierungschefs die neue Verfassung in Rom schliesslich unterzeichnet. (1957 waren am gleichen Ort, auf dem Römer Kapitol, die «Römer Verträge» unterzeichnet worden. Zentrale Person war damals der bereits 81-jährige Konrad Adenauer. Die Römer Verträge begründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – hervorgegangen aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Leider hat die Europäische Union von heute mit ihrem imperialen Gehabe mit der damaligen EWG nicht mehr viel gemeinsam.)

Am 12. Januar 2005 hat auch das **EU-Parlament** in Strassburg die neue Verfassung mit 500 gegen 137 Stimmen bei 40 Enthaltungen gutgeheissen.

Mit dem neuen Verfassungsvertrag soll die EU insbesondere einen **eigenen Aussenminister**, einen **ständigen Ratsvorsitzenden**, **vereinfachte Entscheidungsverfahren** (zulasten der Kleinen) und mehr Befugnisse für das Strassburger Parlament erhalten. Zudem wird die Charta der Grundrechte verbindlich in die Verfassung aufgenommen.

Das gewaltige Verfassungskonstrukt, das viele Züge aus der sozialistischen Mottenkiste trägt, ist – trotz aller Übertüchtungsversuche und trotz aller Schönrednerei – ein Spiegelbild für die überregulierte, bürokratische Zentralmacht auf dem europäischen Kontinent.

Zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität, Selbstverantwortung, Föderalismus und Bürgernähe werden untergraben. Die Mär, wonach die EU immer demokratischer, föderalistischer und bürgernäher werde, bleibt eine Illusion.

Die wahren Auswirkungen der Fehlkonstruktion EU sind im Berichtsjahr augenfällig zutage getreten, sodass ein EU-Beitritt der Schweiz mehr denn je abgelehnt werden muss.

Die EU bleibt unserem direkt demokratischen, neutralen Kleinstaat gegenüber zutiefst wesensfremd. Die Unvereinbarkeiten haben sich im Berichtsjahr noch verstärkt, unter anderem durch die Tatsache, dass die Verteidigungsminister der EU am 22. November 2004 die Aufstellung von 13 rasch verlegbaren Kampfgruppen («Battlegroups») vereinbart haben, die innerhalb weniger Tage in Marsch gesetzt werden können. Bei einer Mitgliedschaft in einer derartigen Verteidigungsunion wäre unsere Neutralität vollständig vom Tisch.

Euro-Euphorie und Stabilitätspakt sind Geschichte

Nach den Jubelfeiern anlässlich der Einführung des Euro ist die Euphorie im Berichtsjahr definitiv verschwunden. Europa leidet unter einer chronischen Wachstumsschwäche. Immer mehr zeigt es sich, dass die Kritik der Ökonomen an der überstürzten Einführung des Euro berechtigt war.

«Die im Euroraum zusammengeschlossenen Länder bilden alles andere als ein optimales Währungsgebiet. Zu heterogen sind die Wirtschaftsstrukturen, zu stark divergieren die Wachstumsraten sowie die Fiskal- und die Sozialpolitik der einzelnen Länder.» (Prof. Kurt Schiltknecht, DIE WELTWOCHEN, 11.11.04).

Die Einheitswährung hat zwar feste Wechselkurse gebracht, die Euroländer haben jedoch die Möglichkeit verloren, auf Störungen in der nationalen Wirtschaftsentwicklung durch eine Änderung der realen Zins- und Wechselkurse zu reagieren.

Besonderes gravierend ist die Situation in Deutschland: Die früheren Standortvorteile sind wegen der Einheitswährung, der Osterweiterung und einer verfehlten Wirtschaftspolitik verschwunden. Die Verlagerung der Unternehmen ins Ausland schwächt die Wirtschaft, und die hohen Löhne und Steuern verhindern das Überwinden der Wachstumskrise.

Im Gegensatz zu früher kann Deutschland nicht mit einer Änderung der Geldpolitik auf die akuten Wirtschaftsprobleme reagieren.

Korrekturen müssen deshalb allein über die Fiskalpolitik oder über Anpassungen im Arbeitsmarkt erfolgen. Weil der Spielraum der Fiskalpolitik wegen des Defizits und der enormen Verschuldung sehr begrenzt ist, liegt die ganze Anpassungslast auf dem Arbeitsmarkt. Zu zahlen haben die Zeche somit primär die Arbeiter und Angestellten.

Es rächt sich je länger je mehr, dass die Währungsunion nicht auf ökonomischen Grundlagen, sondern auf einem politischen Entscheid beruht.

Auch in der Schweiz gibt es viele Politiker, die aus politischen Gründen der EU beitreten wollen und bereit sind, die negativen wirtschaftlichen (und politischen) Folgen in Kauf zu nehmen. Die schweizerische Wirtschaft würde unter einer Übernahme des Euro noch stärker leiden als Deutschland, weil die realen Schweizer-Franken-Zinsen deutlich unter den Euro-Zinsen liegen. **Hohe Löhne und hohe Realzinsen wären eine Kombination, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ruinieren würde.** Eine Rückgewinnung des Standortvorteils wäre nur über dramatische Lohnsenkungen möglich.

Dazu kommt die Tragödie um den 1996 mühsam gezimmerten **Stabilitätspakt**, mit dem der Werterhalt des Euro garantiert werden sollte. Der Pakt, der eine Neuverschuldung von höchstens 3 % und eine Gesamtverschuldung von höchstens 60 % des Bruttoinlandprodukts zulässt, wurde im Berichtsjahr bis zur Unkenntlichkeit strapaziert. Der Stabilitätspakt verkommt zusehends zum Papiertiger. Als Konsequenz droht ein weiterer Wertzerfall des Euro und ein massiver Vertrauensverlust in die EU-Institutionen und in die Haushalte der Euro-Staaten.

Einen vorläufigen Höhepunkt bezüglich Verstoss gegen den Stabilitätspakt hat im Berichtsjahr Griechenland geliefert. Die Griechen haben sich den Euro-Beitritt mit gefälschten Defizitzahlen erschwandelt, indem sie seit 1999 regelmässig gefälschte Zahlen nach Brüssel geliefert haben. Trotz des Skandals muss Griechenland nicht mit wirklichen Sanktionen oder gar mit einem Rauswurf rechnen.

Korrektur-Vorschläge der EU-Kommission wie «sie erwäge, den Rahmen für die Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der nationalen Statistikämter mit einem Verhaltenskodex, möglicherweise in Form einer Richtlinie, abzustecken» (NZZ, 2.12.04) überzeugen nicht.

Es ist absehbar, dass der Stabilitätspakt bald Geschichte sein wird, und dies nicht zuletzt auf Druck Deutschlands. Bundeskanzler Schröder, der einst verkündet hat «Ich finanziere keine Programme zu Lasten unserer Kinder und Kindeskiner», verkündet nun nach dem Scheitern seiner Haushaltspolitik: «Eine richtige Finanzpolitik kann nicht allein am Einhalten der Drei-Prozent-Defizitgrenze (sprich Stabilitätspakt) gemessen werden.» Damit ist das Ende des Stabilitätspakts eingeläutet.

Als EU-Mitglied hätte die Schweiz an diesen gewaltigen Finanz- und Schuldensumpf auch noch mitzuzahlen, und zwar solange, bis sie selbst verarmt wäre.

1.2. In der Schweiz

Im Berichtsjahr war für unser Land aus Sicht der AUNS vor allem folgendes von Bedeutung:

EW-Nein: auch nach 12 Jahren ein guter Entscheid

Am 6. Dezember 2004 hat sich zum 12. Mal das Nein von Volk und Ständen zum EW-Vertrag geöhrt.

Fazit: Der Weg der Schweiz ausserhalb von EW und EU hat sich als erfolgreich und richtig erwiesen: Wir haben die **Freiheit gewahrt** und stehen auch **wirtschaftlich erfolgreich** da.

- Das EW-Nein verhinderte den bereits anvisierten EU-Beitritt.
- Das EW-Nein hat uns vor einem unwürdigen Kolonialvertrag bewahrt.
- Die Schweiz konnte ihren Wohlstand gerade ausserhalb von EW/EU behaupten.
- Die Wirtschaft beurteilt heute einen EU-Beitritt klar negativ.
- Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EW haben sich als gigantische Fehlprognosen erwiesen.

Die derzeitige Wachstumsschwäche hat mit dem EWR nichts zu tun, sondern mit einer schlechten, wirtschaftsfeindlichen Innenpolitik. Sie kann nur aus eigener Kraft, durch eine wirtschaftsfreundliche Politik (Ausgabenreduktion/Schuldenabbau beim Staat, weniger Steuern, Gebühren und Abgaben, günstige Zinsen, weniger Bürokratie) überwunden werden.

UNO-Mitgliedschaft mit Schweizer Neutralität nicht vereinbar

Seitdem der Abstimmungskampf gegen einen Beitritt der Schweiz zur politischen UNO am 3. März 2002 mit einem Volksmehr von 54,6% Ja- gegen 45,4% Nein-Stimmen und einem hauchdünnen Ständemehr von 12:11 knapp verloren gegangen ist, zeichnet sich die Aussenpolitik des Bundesrates – und insbesondere von Aussenministerin Calmy – durch einen widersprüchlichen und chaotischen Aktivismus aus.

Dazu gehören unter anderem ihr inszeniertes Überschreiten der Demarkationslinie in Korea, die Verurteilung des G8-Gipfels in Evian als «antidemokratisch», ihre Kritik an der Nahostpolitik Israels und die Unterstützung der so genannten «Genfer Initiative». So wird die Schweiz in den Nahostkonflikt hineingezogen und damit unweigerlich zur Partei.

Auch der damalige Bundespräsident Deiss hat sich am 20. September 2004 bei seiner neutralitätswidrigen Rede vor der UNO-Vollversammlung erdreistet, den Irak-Krieg zu kritisieren. Gleichzeitig hat er grossspurig angekündigt, die UNO brauche neue Strukturen, und die Schweiz werde sich für eine Reform des Veto-Rechts einsetzen. Im Berichtsjahr hat sich die offizielle Schweiz vor allem «ausgezeichnet» durch ihr Beitritts Geschenk an die UNO in Form eines renovierten «repräsentativen Saales» (Saal GA 200) im UNO-Palast in New York.

Derweil setzt Bundesrätin Calmy ihre aussenpolitische Aktivität unvermindert fort. So lässt sie sich von «Hof-Fotografen» in den Nahen Osten begleiten, damit diese ihre lächerlich peinlichen Auftritte dramaturgisch inszenieren. Es geht dabei vor allem um persönliche PR-Aktionen, die insbesondere von den Ringier-Medien unkritisch und begeistert vermarktet werden. Um die Jahreswende 2004/05 hat Frau Calmy einen eigentlichen **Betroffenheits- und Gutmenschen-Tourismus** in den Katastrophengebieten im Fernen Osten sowie einen 6-Tages-Trip im Nahen Osten absolviert. Sogar die sonst zurückhaltende NZZ (7.2.2005) hat den Nahost-Trip als «ausgedehnten Besuch ohne ersichtliche Zielsetzung» deklassiert.

Resultat dieser «Aussenpolitik»: Ausser (Millionen-)Spesen nichts gewesen! Die Bilanz ist allerdings nicht Null, sondern negativ. Denn die verfehlte Politik kostet Millionen und Abermillionen von Steuerfranken, und die schweizerische Neutralität wird Schritt um Schritt preisgegeben.

Nachdem eine Motion von AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr, die eine neue UNO-Abstimmung verlangt, vom Bundesrat und vom Parlament abgelehnt worden ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als Schadensbegrenzung zu betreiben und Frau Galmy und andern Bundesräten bei jedem Verstoß gegen die schweizerische Neutralität und Souveränität auf die Finger zu klopfen.

Schengen/Bilaterale II: Nein zum EU-Beitritt, auch nicht durch die Hintertür!

In der Dezembersession 2004 haben die beiden Kammern des Parlaments die Bilateralen II/Schengen parallel und unter grösstem Zeitdruck förmlich durchgepeitscht. Mit Ausnahme der SVP- und AUNS-Parlamentarier haben keine Bundesratsparteien die einzelnen Abkommen seriös behandelt. Ohne im Besitz aller Unterlagen zu sein, und ohne die bundesrätliche Botschaft wirklich zu kennen, haben die meisten Parlamentarier den Abkommen zugestimmt mit der Behauptung, es handle sich um «gute» Abkommen. Der Bundesrat hat insbesondere Schengen zur Schicksalsfrage erklärt, obwohl er noch 1999 genau gegen teiliger Meinung war (s. Kasten «Unglaublicher Bundesrat»).

Unglaublicher Bundesrat

Der Bundesrat hat in der «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» vom 23. Juni 1999 ausdrücklich festgestellt, «dass solche Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind (Zollunion, Währungsunion, Schengen, Aussenhandels- und Sicherheitspolitik)».

Und jetzt drängt der Bundesrat mit aller Kraft ins gelobte «Schengenland» und bezeichnet den Schengen-Beitritt als zentrales politisches Anliegen!

AUNS- und SVP-Parlamentarier haben dafür gekämpft, dass das Schengen-Abkommen dem obligatorischen Referendum durch Volk und Stände unterstellt werde. Begründung:

Das Schengen-Abkommen beeinträchtigt unsere Sicherheit und unsere Souveränität in gravierender Weise, und es ist ein Teil-Beitritt zur EU.

Nach dem Bundesrat hat aber auch eine Mehrheit des Parlaments das obligatorische Referendum mit fadenscheinigen Begründungen verweigert.

In Tat und Wahrheit will man in Bundesbern Volk und Stände umgehen und unser Land in die EU treiben. Die AUNS muss mit Gleichgesinnten alles tun, um dies zu verhindern. Wir wollen, dass die Schweiz frei und unabhängig bleibt.

Schengen: Es geht nicht um Sicherheit, sondern um ein grenzenloses Europa!

Das Schengen-Recht sagt im Original klipp und klar, dass es um das freie Überschreiten der Binnengrenzen geht:

Schengener Übereinkommen von 1985 (Auszug Präambel):

«IN DEM BEWUSSTSEIN, dass die immer engere Union zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ihren Ausdruck im freien Überschreiten der Binnengrenzen durch alle Angehörigen der Mitgliedstaaten und im freien Waren- und Dienstleistungsverkehr finden muss (...).»

Artikel 17 Schengener Übereinkommen:

«Im Personenverkehr streben die Vertragsparteien den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und deren Verlegung an ihre Außengrenzen an.»

Beschluss des Exekutivausschusses vom 26. April 1994:

«Zur Vollendung des Kontrollwegfalls an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten (...) müssen insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Freigabe bisher wegen der Bedürfnisse der Grenzkontrollen gesperrter Fahrbahnen und -spuren (...)
- Entfernung von Kontrollkabinen auf Mittelstreifen (...)
- Demontage von Fahrbahnüberdachungen (...)
- Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen (...)

Artikel 2 Abs. 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ):

«Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden.»

Beschluss des Exekutivausschusses vom 26. April 1994:

«1.1 Wegfall der Personenkontrollen:

(...) Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen.

Nicht vereinbar mit der Abschaffungsregelung des Schengener Durchführungsübereinkommens sind so genannte Ersatzgrenzkontrollen. Dabei handelt es sich um systematische Personenkontrollen aus Anlass des Grenzübertritts im rückwärtigen Grenzgebiet oder innerhalb bestimmter Grenzzonen.

1.2 Entfallen der Pflicht zum Vorzeigen von Grenzübertrittsdokumenten aus Anlass des Grenzübertritts:

«Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund der Überschreitung der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertrittsdokument vorzuzeigen oder vorzulegen.»

Beschluss des Exekutiv Ausschusses vom 22. Dezember 1994:

«Passagiere von Binnenflügen unterliegen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit keiner Personenkontrolle mehr.»

Am 21. Dezember 2004 hat die 100-tägige Referendumsfrist begonnen. Entgegen den klaren Angaben der Bundeskanzlei, wonach die Frist am 28. Dezember beginne, hat der Bundesrat die Frist willkürlich um eine Woche verkürzt. **Derartige Machenschaften, Tricks und Taktiken sind beim Bundesrat an der Tagesordnung.** Die Volksrechte – für den Bundesrat lästige Hürden auf dem Weg in die EU – werden systematisch erschwert.



Die EU-Kommission will auch die Schleierfahndung (mit mobilen Patrouillen) verbieten, weil sie der Reisefreiheit widerspreche.

Bei Redaktionsschluss kann festgestellt werden, dass die Unterschriftensammlung gut vorankommt; die Sammlungsfrist läuft am 31. März 2005 ab. Der Bundesrat hat die Schengen-Abstimmung auf den 5. Juni 2005 angesetzt und sie (wiederum aus taktischen Gründen) von der Abstimmung über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit, über die im September abgestimmt wird, künstlich getrennt.

Von der Sache her gehören beide Abstimmungen zusammen. Es geht in beiden Fällen um offene Grenzen: Schengen schafft die Grenzkontrollen und letztlich die Grenzen ab. Und mit der erweiterten Personenfreizügigkeit können auch Bürger aus den 10 neuen EU-Staaten ohne Bewilligung in der Schweiz arbeiten.

Die AUNS wird den Kampf an vorderster Front weiterführen, um einer falschen Politik, welche die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes gefährdet, Einhalt zu gebieten. **Wir wollen keinen EU-Beitritt, weder auf direktem Weg noch durch die Hintertür.**



*Offene Grenzen:
Sicherheit verlieren –
Arbeitsplatz verlieren*

Die Bürger der EU-Länder, so zeigen Umfragen für das Eurobarometer, trauen im Durchschnitt niemandem mehr als den Schweizern. Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 4 (viel Vertrauen) schwingen die Schweizer mit dem Durchschnittswert von 3,1 obenaus, gefolgt von den Schweden. Die Deutschen bringen es auf knapp 2,9, die Franzosen auf 2,8, die Italiener nur auf 2,5 und die Türken gar nur auf knapp 2 Punkte. Auffällig: Die Italiener trauen den Schweizern sogar mehr als den eigenen Landsleuten. (DER BUND, 13.1.05)
Und da drohen die Schengen-Befürworter, die EU werde unser Land bei einem Schengen-Nein an den Grenzen gleich behandeln wie die Schengen-Aussengrenzen zu Nordafrika, Weissrussland, zur Ukraine usw.

Nein zur Verschleuderung des Schweizer Passes

Am 26. September 2004 hat das Schweizer Volk die beiden Abstimmungsvorlagen zur erleichterten Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation sowie zur automatischen Einbürgerung der dritten Generation abgelehnt. Die AUNS hat den Kampf gegen beide Vorlagen unterstützt, weil sie in der Tendenz auf eine Masseneinbürgerung und auf eine Balkanisierung und Muslimisierung der Schweiz hinauslaufen und einer Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts Vorschub leisten. Wer das Schweizer Bürgerrecht erwerben will, soll ein Gesuch stellen und klare Anforderungen (insbesondere Beherrschung einer Landessprache) erfüllen müssen.

Im Weiteren unterstützt die AUNS die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen», deren Unterschriftensammlung bis zum 18.11.2005 läuft. Es geht darum, dass das Volk wieder souverän und abschliessend über Einbürgerungen entscheiden kann. Das Bundesgericht hatte mit Entscheid vom 9. Juli 2003 Urnenabstimmungen ausgeschlossen und verlangt, dass Einbürgerungsentscheide zu begründen sind, womit ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung bestünde.

Christoph Blocher im Bundesrat

Seit der Wahl des ehemaligen AUNS-Präsidenten Christoph Blocher in den Bundesrat am 10. Dezember 2003 hat sich in der Landesregierung vieles geändert. Obwohl Christoph Blocher das Kollegialsystem – im Gegensatz zu anderen – respektiert, ist es entscheidend, dass die Grundwerte und Staatssäulen unseres Landes – Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität und Neutralität – endlich einen Verfechter in der Landesregierung bekommen haben. Ebenso konsequent kämpft Bundesrat Blocher gegen den Asylmissbrauch, für einen schlanken Staat, für weniger Steuern, für einen geordneten Finanzhaushalt und gegen die überbordende Bürokratie.

Nach der Ablehnung der beiden Einbürgerungsvorlagen am 26.9.2004 hat er bei der anschliessenden bundesrätlichen Pressekonferenz das einzig Richtige gesagt: Das Volk habe als Souverän entschieden, und es gebe dazu nichts zu kommentieren!

Die anschliessende «Empörung» über diesen «Kurzkommentar» hat endlich zur längst fälligen Debatte über die zentrale Frage: Wer ist der Souverän? geführt. Obwohl die Antwort eigentlich klar sein müsste: Auf Gesetzesebene ist das Volk der Souverän, auf Verfassungsebene sind es das Volk und die Stände (Volksmehr und Ständemehr notwendig).

Fazit: Überall dort, wo Bundesrat Blocher im Bereich Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht durchdringt, hat die AUNS anzutreten!

Stopp der Manipulation von Volksabstimmungen

Am 4. Oktober 2004 haben AUNS- und SVP-Exponenten an einer Medienkonferenz die systematische Manipulation von Volksabstimmungen durch Bundesrat und Verwaltung scharf kritisiert und Abhilfe gefordert. Die Vorwürfe lauteten: Bundesräte und Verwaltung machen mit Steuergeldern eigentliche Kampagnen, sie gebärden sich einseitig als Partei und als moralische Oberinstanz. Insbesondere das Integrationsbüro versteht sich als Integrations-Propagandazentrale des Bundesrates.

Die direkte Demokratie verkommt so zur gelenkten, manipulierten Demokratie.



Die AUNS verlangt vom Bundesrat: Keine Abstimmungskampagnen mehr, sondern sachliche Information über das Pro und Contra einer Vorlage samt Begründung, warum der Bundesrat Ja oder Nein empfiehlt. Abstimmungskampagnen werden nicht vom Bundesrat, sondern von Parteien, Verbänden und Organisationen geführt! Die unverfälschte Meinungsbildung muss gewährleistet sein.

2. Die AUNS

2.1. Aktivitäten während des Berichtsjahres

Mitgliederversammlung 2004

Die rund 1000 anwesenden Mitglieder der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) haben anlässlich der Mitgliederversammlung vom Samstag, 15. Mai 2004, im Berner «National» den 43-jährigen Schwyzer Nationalrat und Unternehmer Pirmin Schwander als Nachfolger von Christoph Blocher zum neuen AUNS-Präsidenten gewählt.



Schwander rief in seiner Standortbestimmung zum Widerstand gegen den Schengen-/EU-Beitritt auf, der in Bundesbern im Geist des Anpassertums vorangetrieben werde. Es sei die Kernaufgabe der überparteilichen AUNS, welche bald die symbolträchtige Mitgliederzahl von 50 000 Mitgliedern erreichen werde, für die besonderen Werte unseres Landes – Freiheit, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Weltoffenheit – einzustehen.

Die AUNS-Versammlung verabschiedete schliesslich «im 200. Jubiläumsjahr von Schillers Wilhelm Tell» einstimmig eine Resolution, die von jedem Bundesrat verlangt, die Interessen der Schweiz zu vertreten, «nicht mit der Armbrust», aber «mit Rückgrat, Heimatliebe und Respekt vor dem Volkswillen».

AUNS-Präsident Pirmin Schwander prangerte die unzähligen aussenpolitischen «Sünden» des Bundesrates und des Parlamentes an, wobei er Bundesrätin Calmy-Rey als «schwere Hypothek» für unser Land bezeichnete. Sie mische sich «im Namen der Schweiz» in fast jeden internationalen Konflikt ein. Sie schade damit der Neutralität und den Interessen unseres Landes und gefährde unsere Sicherheit.

Als Gegengewicht – insbesondere zur Verhinderung eines folgenschweren Schengen-/EU-Beitritts – brauche es dringend eine noch stärkere AUNS. Man könne «Schengen» in Bundesbern noch so schönreden, betonte Schwander, aber: «Schengen heisst letztlich Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen und bedeutet, dass unser Land im EU-Verbund aufgehen wird.»

Die AUNS sei im Aufwind, stellte Schwander im Weiteren fest. Dies beweise allein schon die Tatsache, dass mit Christoph Blocher erstmals ein Bundesrat an der Mitgliederversammlung teilnehme. Blocher wurde im Beisein seiner Gattin als langjähriger AUNS-Präsident von alt Nationalrat und AUNS-Vorstandsmitglied Dr. Paul Eisenring gebührend verabschiedet. Als Geschenk erhielt er eine Salz- und Pfeffermühle aus Silber – ein durchaus passendes, auch symbolhaftes Präsent für Blochers fast 20-jährige «gepfefferte» Politik als Präsident der AUNS.



Wider den Schengener Angriff auf die Schweiz

Die Nationalräte Christoph Mörgeli, Yvan Perrin, Ulrich Schlüer und Luzi Stamm riefen sodann aus verschiedenen Blickwinkeln zum Widerstand gegen einen Schengen-/EU-Beitritt auf. Mörgeli warnte vor dem «Europa der Bürokraten», das – wie am Beispiel des deutschen Grundgesetzes aufgezeigt – der Devise «Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus» krass zuwiderhandle. Perrin betonte, die Sicherheit der Individuen und des Eigentums sei die erste Aufgabe des Staates, sie lasse sich nicht nach Schengen delegieren, das ein Unsicherheitsraum sei.

Schlüer kritisierte Schengen und den vorgeschriebenen «europäischen Feuerwaffenpass» als Angriff auf die schweizerische Schützentradiation. Entgegen allen Beschönigungen aus dem Bundeshaus gelte es, den Anfängen zu wehren.

Stamm warnte vor der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten inklusive Rumänien, Bulgarien, die Türkei und die Balkanstaaten. Die Abwanderung von Firmen in die produktionsgünstigen Ostgebiete und der gleichzeitige Zuwanderungsdruck von billigen Arbeitskräften bringe für die Schweiz mehr Arbeitslosigkeit, Lohndruck sowie das Risiko von Sozial- und Arbeitslosenleistungen in Milliardenhöhe.

Die AUNS behält sich deshalb – neben dem bereits beschlossenen und bekräftigten Schengen-Referendum – auch das Referendum gegen einen völlig freien Personenverkehr vor.

Konzept 2004/2005 gegen Schengen und Personenfreizügigkeit

Im Zentrum stand und steht der Kernauftrag der AUNS – die Verhinderung eines EU-Beitritts der Schweiz und entsprechender Vorbereitungshandlungen. Weil neben Schengen auch die Ost-Personenfreizügigkeit gravierende Folgen für unser Land hat (arbeitslose Schweizer durch Zuwanderungsdruck aus dem Osten, tiefere Löhne, Zuwanderung zum Sozialsystem mit Milliardenkosten), müssen beide Abkommen mit dem Referendum verhindert werden (2x Nein!).

Aus taktischen Gründen und im Widerspruch dazu, dass beide Abkommen parallel durch die Wintersession 2004 des Parlaments gepeitscht wurden, hat der Bundesrat gegen Ende des Berichtjahres beschlossen, die Abstimmung zu staffeln. Über Schengen wird am 5. Juni 2005 abgestimmt und über die Ost-Personenfreizügigkeit am 25. September 2005.

Absicht: Der vom Bundesrat, der Parlamentsmehrheit und weiterer Anpasser forcierte EU-Beitritt über offene Grenzen à la Schengen und Ost-Personenfreizügigkeit wird durch ein Netz von aufeinander abgestimmten Massnahmen verhindert. Die Stossrichtung (Kernbotschaft) lautet:

Grenzöffnung/Abschaffung der Grenzen heisst: Sicherheit verlieren. Arbeitsplatz verlieren. EU-Beitritt!

Zur Erreichung unseres Ziels wurden und werden die folgenden Massnahmen getroffen:

- Pressekonferenz am 4. Oktober 2004 mit dem Titel «**Stopp der Manipulation von Volksabstimmungen**». Dabei wurde das verwaltungsinterne «Schengen/Dublin Info-Konzept» enthüllt und angeprangert. Dieses Konzept wird unter Leitung des Integrationsbüros (der bundesrätlichen Propaganda-Abteilung) und mit Steuergeldern planmässig umgesetzt, um die Schengen-Abstimmung zu manipulieren.
- Starker argumentativer Auftritt der SVP/AUNS-Parlamentarier bei der Behandlung der Bilateralen II/Schengen und der Ost-Personenfreizügigkeit in der Dezembersession 2004.
- Pressekonferenz vom 17. Dezember 2004, unmittelbar nach dem Abschluss der Dezembersession, in welcher das Parlament das obligatorische Referendum zu Schengen verweigert hatte, zum Thema: «**Lancierung des Schengen-Referendums: Das Volk soll über die Zukunft der Schweiz entscheiden**».
- Unterschriftensammlung mit Doppelbogen Schengen/Ost-Personenfreizügigkeit. Start am 28. Dezember 2004 in rund 20 Schweizer Städten, kombiniert mit der Abgabe von Grillwürsten nach dem Motto «Die Schweiz ist uns nicht Wurst».



Diese medienwirksame Aktion hat auf Anhieb je rund 7000 Unterschriften gebracht.
Abschluss der Unterschriftensammlung: Ende März 2005

- Parallel zur Unterschriftensammlung **Weiterführung der Informationskampagne contra Schengen** als Schwergewicht in den Grauen Briefen, mit dem Argumentarium «Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit», via Internet und Communiqués, kombiniert mit Mitgliederwerbung.

- **Standaktionen** der Stützpunkte für die Unterschriftensammlung
- Netz von öffentlichen **Schengen-Veranstaltungen**
- Leserbriefe: Leserbriefkurse in Bern, Zürich, Walenstadt, Rotkreuz, Olten und St. Gallen im März 2005.
- **Insertate- und Plakatkampagnen** vor allem im April/Mai 2005, in der Phase des Hauptkampfes.

Administration des Schengen-Referendums

Die Geschäftsstelle der AUNS besorgt vollumfänglich die Administration für die Schengen-Unterschriftensammlung. Mit Überzeiten und unter Beizug von 1–2 Teilzeitaushilfen wird die umfangreiche Arbeit sehr kostengünstig bewältigt. Gleichzeitig werden Tausende von Einzelversänden abgewickelt, und zugleich ist die übrige Arbeit zu bewältigen. Schengen-Unterlagen, Argumentarien und Graue Briefe werden laufend und in grosser Zahl bestellt.

Über 44 000 Mitglieder

Jubiläumsgabe

Am Dienstag, 28. Dezember 2004, ist die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen Schengen gestartet. Unser Ziel: In 80 Tagen 80 000 Unterschriften! Mit Ihrer satzungsmässigen Unterstützung werden wir es schaffen. Den Auktionslösungen am 28. Dezember die Grossaktion «Die Schweiz ist uns nicht Würstli» an diversen Orten werden Würste grilliert oder Wienerl verteilt. Und die Leute kommen an Ort und Stelle das Schengen-Referendum unterschreiben. Dieses Referendum ist die **Kernaufgabe der AUNS**. Denn mit Schengen verlieren wir unsere Sicherheit und unsere Souveränität, und wir werden in die EU hineingedrängt.

Gleichzeitig unterstützt die AUNS das Referendum gegen die überstürzte Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Staaten. Dieses Referendum ist vom überparteilichen Komitee «26-Personenfreizügigkeit Nein» ergriffen worden. Offene Grenzen hätten gravierende Folgen

Grauer Brief 100

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident: Hans Fehr
 Nationalrat
 Hans Fehr, Nationalrat

Der 100. Graue Brief

Mit dieser Ausgabe des von Otto Fischler im Jahre 1986 gegründeten Grauen Briefes halten Sie bereits die 100. Ausgabe der AUNS-Informationsschreiben in den Händen. Seite 2 und 3 widmen sich diesem Jubiläum.

Wir wünschen Ihnen ein gutes neues Jahr und danken für Ihre Unterstützung.

Der 28. Dezember 2004 – ein historischer Tag: Start der Unterschriftensammlung gegen Schengen

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Am Dienstag, 28. Dezember 2004, ist die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen Schengen gestartet. Unser Ziel: In 80 Tagen 80 000 Unterschriften! Mit Ihrer satzungsmässigen Unterstützung werden wir es schaffen. Den Auktionslösungen am 28. Dezember die Grossaktion «Die Schweiz ist uns nicht Würstli» an diversen Orten werden Würste grilliert oder Wienerl verteilt. Und die Leute kommen an Ort und Stelle das Schengen-Referendum unterschreiben. Dieses Referendum ist die Kernaufgabe der AUNS. Denn mit Schengen verlieren wir unsere Sicherheit und unsere Souveränität, und wir werden in die EU hineingedrängt.

Gleichzeitig unterstützt die AUNS das Referendum gegen die überstürzte Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Staaten. Dieses Referendum ist vom überparteilichen Komitee «26-Personenfreizügigkeit Nein» ergriffen worden. Offene Grenzen hätten gravierende Folgen

Weiterführung der Schengen-«Wehranklein»

Der Zwischenstand der Schengen-Wehranklein ist erfreulich. Wir danken für Ihre Unterstützung und hoffen, dass Sie die Schengen-Kampfkasse weiterhin unterstützen. Wir sind auf jeden Franken angewiesen. Bündeln Sie den beigelegten Einzahlungsschein. Besten Dank!

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident: Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat

Graue Briefe

Im Berichtsjahr erschienen 7 Graue Briefe («Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik»), nämlich die Nummern 96–102. Die Dezember-Nummer erschien als Jubiläumsausgabe: 100. Grauer Brief! Das AUNS-Bulletin findet nach wie vor grossen Anklang, weil es klare Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten vermittelt, welche für die Information der AUNS-Mitglieder und vieler Interessenten – insbesondere im Bereich Schengen – von Bedeutung sind. In der Regel umfasst ein Grauer Brief, der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «Bollettino d'informazione» italienisch erscheint, acht Seiten. Dieser Umfang hat sich als optimal erwiesen, sowohl aus Sicht der Überschaubarkeit als bezüglich Kosten.

Pressekonferenzen

Zusätzlich zu den oben erwähnten Pressekonferenzen vom 4.10.04 (Stopp der Manipulation von Volksabstimmungen) und vom 17.12.04 (Lancierung des Schengen-Referendums) ist

die AUNS im Berichtsjahr mit zwei weiteren Pressekonferenzen an die Öffentlichkeit getreten: Am 24.2.04 zum Thema «50 000 AUNS-Mitglieder für Unabhängigkeit und Neutralität» und am 24.6.04 zum Thema «Schluss mit dem Schengen-Schwindel».

Communiqués

Im Berichtsjahr ist die AUNS häufig mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten, um ihre Botschaft noch besser zu verbreiten. Es ging dabei um die folgenden Botschaften/Forderungen:

- Widersprüchliche Aussenpolitik schadet der Schweiz (27.1.2004)
- AUNS behält sich Referendum vor gegen die erweiterte Personenfreizügigkeit (4.2.2004)
- Zinsbesteuerung: Verhandlungen abbrechen! (12.2.2004)
- Bundesrat muss gegen deutsche Erpressungsversuche antreten (9.3.2004)
- Nein zum Schengener Unsicherheitsraum (23.3.2004)
- Nein zur Schengener/Dubliner Illusion (30.3.2004)
- Wider das Geschwätz von der «isolierten» Schweiz (30.4.2004)
- Nein zu einer Milliarde für einen schlechten Vertrag (13.5.2004)
- Schengen unterhöhlt unsere Souveränität und unsere Sicherheit (18.5.2004)
- AUNS zur bundesrätlichen Schengen-Unterschrift: Ein nationaler Trauertag (19.5.2004)
- Bundesrat gegen obligatorisches Schengen-Referendum: ein skandalöser Fehlentscheid (23.6.2004)
- AUNS verurteilt widersprüchliche Schengen-Aussenpolitik auf dem Boulevard (23.7.2004)
- Bundesrat Schmid: Flucht in die NATO? (4.8.2004)
- Stopp dem Missbrauch von Steuergeldern durch das Integrationsbüro (26.8.2004)
- Nein zur freien Fahrt für Kriminelle (1.10.2004)
- Historischer Tiefpunkt für die Freiheit und Sicherheit der Schweiz/Unterzeichnung der Bilateralen II (26.10.2004)
- Demokratiefeindliche Machenschaften des EU-verblendeten Bundesrates (19.1.2005)
- Das Schweizer Volk wird einmal mehr angeschwindelt (4.2.2005)

(Alle Communiqués sind auf www.auns.ch abrufbar)

Weitere Aktionen

Die **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch wurden inhaltlich weiter ausgebaut. Auch im Berichtsjahr erwies sich das Internet als unverzichtbar. Immer mehr wird mit der elektronischen Post «E-Mail» korrespondiert. Vor allem Schüler und Studenten, zunehmend aber auch Interessierte jeden Alters, gelangen mit ihren Fragen auf diesem Weg an die AUNS.

Insertionen in der mit Steuergeldern finanzierten Auslandschweizer Zeitung «**Schweizer Revue**» (leider zum Integrations-Propagandablatt des Bundesrates mutiert) wurden im Berichtsjahr wegen der überrissenen Kosten ausgesetzt. Eine Überprüfung findet derzeit statt.

In der **Suisse romande** wurden die in den letzten Jahren aufgebauten Strukturen gefestigt. Ende 2004 verfügte die Geschäftsstelle unter Führung des Koordinators «Westschweiz», Herrn René Scheidegger, in den Kantonen (im Kanton Waadt erfolgt im Frühjahr 05 eine Neu-besetzung) über zuverlässige Ansprechpartner für die Planung und Durchführung von Aktionen. Auch im Berichtsjahr erschien das von Herrn Scheidegger redigierte Bulletin «La lettre verte», welches sich mit Fakten an die Bauern und Agro-Branche richtet. Die Position der AUNS in der Suisse romande hat sich weiter verstärkt. Sie wird in den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Im Weiteren hat die AUNS mit verschiedenen Presseartikeln, Vernehmlassungen und an Veranstaltungen Stellung genommen zu aktuellen Fragen, welche die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes betreffen.

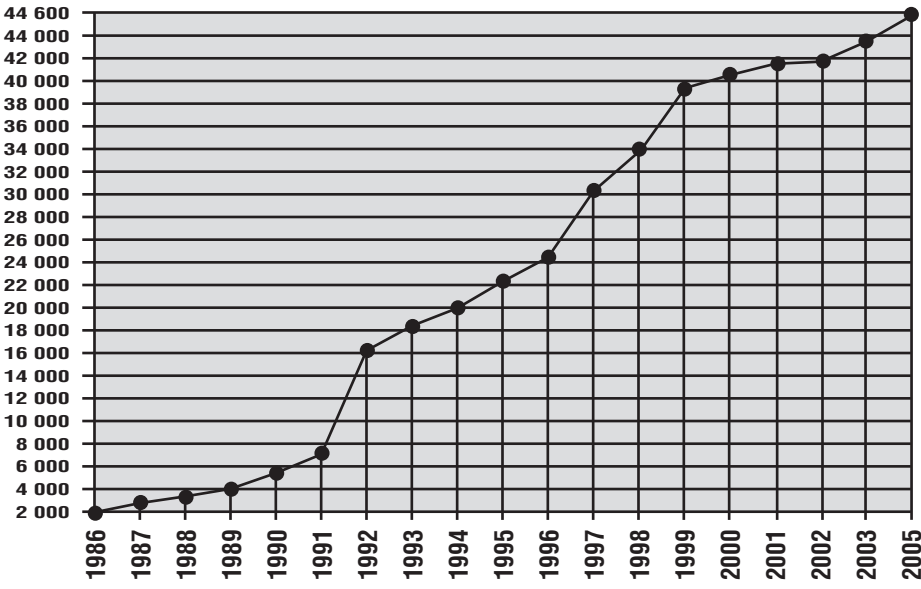
Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen etc., die vom Geschäftsführer oder anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS bekannt zu machen.

2.2 Mitgliederbestand

28.02.2005	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Mitglieder	24 641	29 480	30 961	31 779	31 613	32 944	34 009
Gönner	2 911	2 846	2 834	2 841	2 822	2 915	2 965
Sympathisanten	6 503	6 715	6 814	6 942	7 328	7 967	8 626
Total	34 055	39 041	40 609	41 562	41 763	43 826	45 600

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten hat im Geschäftsjahr 2004 erfreulicherweise weiter zugenommen. Unter Abzug der üblichen Abgänge kann für die gesamte Schweiz ein Netto-Zuwachs von 1774 Mitgliedern ausgewiesen werden. Der Zuwachs erfolgte in allen Kantonen. Die AUNS zählte am 28.02.2005 somit total 45 600 Mitglieder. Die Mitgliederwerbung musste ab Mitte Sommer 2004 zu Gunsten der umfassenden Vorbereitungen für das Schengen-Referendum reduziert werden.

Das erneute Wachstum der AUNS zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer in der AUNS – im Gegensatz zu den politischen Parteien – die kompromisslose überparteiliche Volksbewegung für die Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität ihres Landes sehen.



1986: Gründungsjahr der AUNS

2.2. Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2004

	Rechnung 2003	Rechnung 2004
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1 404 656.54	1 909 222.34
Zinsen	35 801.25	6 270.05
	<u>1 440 457.79</u>	<u>1 915 492.39</u>
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	417 305.55	502 273.34
Mitgliederbriefe, Presse	287 319.75	307 985.71
Sonderaktionen	316 249.80	446 897.00
Abschreibungen	24 100.00	21 900.05
Allgemeines	81 377.69	91 678.06
	<u>1 126 352.79</u>	<u>1 370 734.16</u>
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1 440 457.79	1 915 492.39
Total Ausgaben	1 126 352.79	1 370 734.16
Jahresergebnis	<u>+ 314 105.00</u>	<u>+ 544 758.23</u>

–: Ausgabenüberschuss / +: Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2004

Kasse	2 914.30	
Postcheck	309 326.56	
Valiant-Bank Bern	548 300.64	
Wertschriften	532 270.60	
Guthaben VST*	4 556.13	
EDV-Anlage, Mobiliar	37 360.00	
Kreditoren		76 543.70
Sonderfonds		54 961.65
Kapital		1 303 222.88
	<u>1 434 728.23</u>	<u>1 434 728.23</u>

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 30. April 2004 beschloss, die Jahresbeiträge für 2005 nicht zu erhöhen: Mitglied Fr. 35.–, Ehepaare Fr. 50.–, Gönner Fr. 100.– und Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um rund Fr. 409 200.00 höher aus als budgetiert, da bereits Spenden für die Referenden «Schengen und Ost-Personenfreizügigkeit» eingegangen sind. Wir können einen Einnahmenüberschuss von Fr. 544 758.23 verbuchen.

Die Mehrausgaben gegenüber dem Budget 2004 von rund Fr. 335 000.00 begründen sich in Vorarbeiten und Vorkampagnen für die oben erwähnten Referenden.

Es ist erfreulich, dass mit dem Reinvermögen von Fr. 982 619.53 (ohne EDV-Anlage, Mobilien und Kreditoren) eine Grundlage für die kommenden Auseinandersetzungen für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz vorhanden ist. Allerdings reichen diese Mittel nicht aus für einen Referendums- und Abstimmungskampf (u.a. «Schengen»). Deshalb ist es Aufgabe der AUNS, diesen Fonds weiter zu äufnen.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihre finanziellen Engagements.

2.3. Vorstand

Der Vorstand tagte wie üblich während den Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern, also insgesamt viermal. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand die Schengen/Dublin-Frage, die bilateralen Verträge II, die integrationspolitische Lage der Schweiz, die Folgen der UNO-Mitgliedschaft sowie die Armee im Vordergrund.

2.4. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat im Berichtsjahr die folgenden Ziele angepackt und schon weitgehend erreicht:

Senkung der Lohn- und Administrativkosten, Konzentration der Kräfte und der Mittel, mehr Effizienz, rasche Dienstleistungen, mehr Politik.

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Gartenmann sowie der Sekretärin Katharina Fischer (seit dem 1.1.04 statt wie vorher zu 50 % neu zu 60 % angestellt) haben je nach Arbeitsanfall weitere Teilzeit-Arbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt. Dies war vor allem am Ende des Berichtsjahres nötig, weil die Administration des Schengen-Referendums zu bewältigen war. Die Grösse der AUNS mit über 45 000 Mitgliedern, der Ausbau der Tätig-

keit vor allem im Welschland und die wichtige Stellung im politischen Kräftespiel erfordern eine leistungsfähige Geschäftsstelle.

Das von Werner Gartenmann zur Effizienzsteigerung der Geschäftsstelle geschaffene **Handbuch** hat sich im Berichtsjahr bewährt und zu reibungslosen Arbeitsabläufen sowie Kosteneinsparungen beigetragen.

2.5. Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne und Genf. Die Stützpunkte werden in verschiedenen Kantonen durch frische Kräfte geführt, die einen grossen Einsatz im Sinn unserer Sache leisten, Unterschriften-Sammelaktionen durchführen, Mitglieder werben und Veranstaltungen organisieren.

Im Berichtsjahr wurde eine Leistungsvereinbarung mit klaren Zielvorgaben geschlossen: Jeder Stützpunkt hat in einem bestimmten Zeitraum 1 Schengen-Veranstaltung und 3 Standaktionen (Unterschriften sammeln) durchzuführen und dabei je 10 neue AUNS-Mitglieder zu werben.

Broschüren

Neue Titel:

- Flugblatt «Der Schengener Angriff auf unsere Schützentradition» (d)
- Flugblatt «Nein zum Unsicherheitsraum Schengen» (d, f, i)
- Prospekt gegen «Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit» (d, f, i)
- Referentenführer «Nein zum Schengen-/EU-Beitritt (d, f, i)
- Foliensatz zum Referentenführer (d, f, i)
- Broschüre «Der Schengener Angriff auf die Schweiz! (d, f, i)
- Neuer Werbeprospekt der AUNS (d, f)

3. Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres 2004 als stärkste überparteiliche Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität vor einer Reihe grosser Herausforderungen:

Schengen/Bilaterale II, Ausweitung der Personenfreizügigkeit, aussenpolitischer Aktivismus, Aushöhlung der schweizerischen Neutralität, Verschleuderung des Schweizer Passes, demokratiefeindliche Staatspropaganda: An all diesen «Fronten» hat die AUNS anzutreten, als überparteiliche Lobby für Freiheit und Unabhängigkeit.

Nachdem die SVP nun seit einem Jahr mit zwei Bundesräten in der Landesregierung vertreten ist – und darum vermehrt Kompromisse eingehen muss – hat die AUNS als unabhängige, überparteiliche Volksbewegung an Bedeutung noch gewonnen.

Wir haben als einzige überparteiliche Lobby zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität den Kampf zu führen für Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung. Diese Säulen sind gefährdeter denn je.

Wir danken an dieser Stelle allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung, mit Herzblut und Engagement für unser Land und unsere Freiheit kämpfen. Wir danken unserem langjährigen Präsidenten Christoph Blocher für seine hervorragende Arbeit im Bundesrat. Wir wünschen ihm weiterhin Kraft und Erfolg.

Offene Grenzen heisst:

Sicherheit verlieren.



Arbeitsplatz verlieren.

Für die Schweizerinnen und Schweizer bedeutet das konkret:

- : Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen
- : Freie Bahn für Kriminelle, grenzenlose Kriminalität
- : Mehr Schwarzarbeiter, mehr Ausländer
- : Mehr arbeitslose Schweizer, tiefere Löhne
- : Ungebremste Zuwanderung zum Sozialsystem
- : Weniger Wohlstand, mehr Armut
- : Fremdes Recht und fremde Richter
- : Gleichgeschaltete Asyl- und Visapolitik
- : Preisgabe unseres freiheitlichen Waffenrechts
- : EU-Beitritt durch die Hintertür.

Wollen wir das?

Über diese wichtige Frage muss das Volk entscheiden.